

KOMMENTAR

Die voraussichtliche Kündigung des INF-Vertrags widerspiegelt die neuen Realitäten in der Welt-politik

Die voraussichtliche Kündigung des INF-Vertrags durch Washington ist keine Überraschung. Sie widerspiegelt Trumps Politikverständnis. Der Austritt ist für die USA jedoch riskant.



Ist auch der INF ein «Relikt des Kalten Krieges»? (Bild: Carsten Koall / Getty Images)

Der angekündigte Ausstieg der USA aus dem Abrüstungsvertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF) ist keine Überraschung. Washington wirft Moskau seit vielen Jahren vor, den Vertrag mit der Entwicklung eines neuen Waffensystems zu verletzen. Auch nicht überraschend ist, dass es

ausgerechnet John Bol-ton ist, der die Entscheidung in Moskau erklären soll. Präsident Trumps Sicher-heitsberater hatte bereits 2001 unter George W. Bush die Aufkündigung des ABM-Vertrages gegenüber Moskau mitverantwortet, der die Installierung anti-ballistischer Raketenabwehrsysteme beschränkte. Bush, der den Aufbau eines weltweiten Raketenschirms vorantreiben wollte, bezeichnete den Abrüstungs-vertrag als «Relikt des Kalten Krieges».

Vielleicht mag es ein Relikt gewesen sein. Aber seine unilaterale Beseitigung nährte das Misstrauen in Moskau und somit genau jene Kräfte, die sich den Kal-ten Krieg zurückwünschen. Präsident Wladimir Putin stilisierte die Stationie-rung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und Rumänien wie-derholt zu einer existenziellen Bedrohung für Russland. Das Projekt fügte sich perfekt in das Zerrbild der russischen Propaganda ein, die fast wie zu sowjeti-schen Zeiten das transatlantische Bündnis zum grössten Feind erklärte. Das Schreckgespenst legitimiert Putins autoritäres Regime, die von ihm vorantrie-bene Militarisierung der Gesellschaft und die grosszügigen Rüstungsausgaben.



Die frühere US-Diplomatin Eileen Malloy überwachte 1990 in Kasachstan die Vernichtung von Raketen aus Sowjetischer Ära unter dem INF-Vertrag. (Archivbild)

Der russische Abrüstungsexperte Wiktor Misin hält es für wahrscheinlich, dass Moskau versucht, die Grenzen des Abkommens auszuloten, um Washington im Streit um den Raketenschirm zu Zugeständnissen zu zwingen. Die mutmassliche russische Aufrüstung einzig als Antwort auf die amerikanische Raketenabwehr in Europa zu interpretieren, greift jedoch zu kurz. Putin selbst hat den INF einst als «diskutabel» bezeichnet. Genau wie Trump hält er wenig von internationalen Regelwerken und will allein auf die eigene Stärke vertrauen. Mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine ist Putin zu einer äusserst aggressiven Aussenpolitik übergegangen, ohne sich dabei um westliche Interessen zu kümmern. Nuklear bestückte Mittelstreckenraketen, gerichtet auf die Hauptstädte in der Nachbarschaft, wären einfach eine weitere Eskalationsstufe. Ein amerikanischer Austritt aus dem INF in dieser Situation ist indes riskant. Er würde Moskau erst recht freie Hand gewähren, zu einem Zeitpunkt, in dem die USA noch nicht über ein äquivalentes Mittelstreckensystem verfügen. Zudem wäre fraglich, ob eine Stationierung solcher Systeme in Europa, in Japan oder Südkorea politisch machbar sein wird. Washingtons vorrangiges Ziel hätte es deshalb sein müssen, gemeinsam mit Moskau den INF wieder auf eine solide Grundlage zu stellen, um danach mit vereinten Kräften auch China, Indien oder Pakistan in das Vertragswerk einzubinden. Im Gegensatz zu Moskau und Washington ist Peking nicht an den INF gebunden. Es hat Kurz- und Mittelstreckenraketen entwickelt, mit denen es in der Nachbarschaft die amerikanische Schutzmacht infrage stellen kann. Trump will dieser Entwicklung nun offensichtlich mit der Produktion eigener Mittelstreckenraketen begegnen, um China an den Verhandlungstisch zu zwingen. Eine Studie der Rand Corporation hält genau diese Strategie jedoch für falsch. Die USA verfügten über bessere Mittel, um Peking unter Druck zu setzen, heisst es darin. Trumps Logik hingegen dürfte zunächst ein Wettrüsten provozieren. Im Gegensatz zur bankrotten Sowjetunion werden China die Mittel dafür nicht so schnell ausgehen.

Fazit zum NZZ Artikel von Christian Weisflog am 22.10.18: Die voraussichtliche Kündigung des INF-Vertrags widerspiegelt die neuen Realitäten in der Weltpolitik von Marcel Zwygart, FOW-Vorstand, Wien

Die vermeintlich harte Haltung des amerikanischen Präsidenten gegenüber dem Kreml scheint ein großes (Propaganda) Geschenk für diesen darzustellen. Es eröffnet die Möglichkeit offen die aggressive Außenpolitik in Europa weiterzuführen und sich damit Innenpolitisch abzusichern. Gleichzeitig wird der „unheimlich“ gewordenen Partner, die Volksrepublik China mit welcher sich Moskau in einer beinahe Allianz befindet, durch einen Drittstaat unter Druck gesetzt. China hat bis heute keine Erfahrungen mit Waffeninspektionen und unterliegt keinem solchen Abkommen. Es wäre für Moskau und Washington erstrebenswert Peking und falls notwendig andere Staaten in einen INF Vertrag mit einzubinden.

“China's unrelenting deployment of missiles will soon force Washington to choose between pulling out of the INF or developing longer-range, strategically unstable military responses that are consistent with the agreement. If Washington is serious about reducing the risk of nuclear conflict, it should pursue a third option - pressing China to join the treaty.”^[1]

Hier liegt die Ironie der Geschichte: Bei Atomwaffen scheinen multilaterale Verträge eine opportune Option bei den sonst so auf die eigene Stärke vertrauenden Herren darzustellen. Würde nicht Moskau, Washington und Europa von einem multilateralen Vertrag der Atomkräfte profitieren?